

# Bürgerinfo

## Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung

### WORUM GEHT ES?

- Über 80 Millionen Menschen (1 von 6) in der EU sind von Armut bedroht. Dazu gehören 20 Millionen Kinder und 8 % der erwerbstätigen Bevölkerung.
- Die am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen wurden am schwersten von der Finanzkrise getroffen.
- Diese Situation in einer der reichsten Regionen der Erde ist unhaltbar.
- Die EU schlägt vor, ein Ziel zu erreichen, das dieses Jahr zum ersten Mal konkret festgelegt wurde: **Bis 2020 sollen 20 Millionen Menschen aus Armut und sozialer Ausgrenzung befreit** werden.

### WAS WIRD SICH ÄNDERN?

- Der Zugang zur Beschäftigung, zu Sozialschutz, zu grundlegenden Dienstleistungen (z. B. medizinische Versorgung, Wohnung) und Bildung wird verbessert.
- EU-Finanzmittel werden effizienter für soziale Eingliederung und die Bekämpfung der Diskriminierung eingesetzt.
- Soziale Innovationen erhalten neue Impulse und Reformen der Sozialpolitik werden auf Effizienz getestet und bewertet.
- Neue Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor werden unterstützt, um das Potenzial der Sozialwirtschaft zu bündeln.
- Die EU-Länder werden ihre politischen Maßnahmen besser koordinieren.
- Auf einer jährlichen Zusammenkunft werden alle Interessenvertreter eine Bestandsaufnahme der Fortschritte vornehmen.

### WER HÄTTE EINEN NUTZEN DAVON?

- Menschen, die zurzeit in Armut leben – vor allem die am meisten Gefährdeten: Frauen, Migranten, Roma und ethnische Minderheiten, Menschen mit Behinderungen: Ihre Lebensbedingungen dürften sich verbessern.
- Alle Europäer würden in Gesellschaften mit mehr sozialem Zusammenhalt leben, in denen die Wirtschaft intelligent, nachhaltig und integrativ wächst.

### WARUM WIRD DIE EU TÄTIG?

- Die Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung ist ein Schlüsselement der Strategie EU 2020.
- Zwar ist die Armutsbinderung vornehmlich Aufgabe der Regierungen der einzelnen EU-Länder, doch kann die EU eine koordinierende Rolle spielen, da die Herausforderungen für alle Länder ähnlich sind.

- Die EU kann die Entwicklung und Verbreitung effizienter und innovativer Methoden und Hilfsmittel vorantreiben.
- Die Plattform wird eine freiwillige Koordinierung politischer Maßnahmen und den Austausch von Kenntnissen fördern. Außerdem wird sie die Schaffung EU-weiter Bestimmungen und die Bereitstellung von Finanzmitteln bewirken.

**WANN TRITT DER RECHTSAKT VORAUSSICHTLICH IN KRAFT?**

In den kommenden Jahren – ab 2011 – werden verschiedene Maßnahmen durchgeführt.